

Besitzungen für den kommenden Krieg, in dem ungeheure Waffeninstrumente an Tante, Kriegswaffen mit über 100 Kilometern Reichweite, U-Bootsboote und Luftfahrzeuge in Unzahl eingesetzt werden, wird der letzte Krieg als ein Kinderspiel erscheinen. Und für dieses Wahnsinn legt sich die Sozialdemokratie ein!

Der "radikale" Herr Ströbel — radikal im Sinne der Deutschnationalen — sieht sich bewusst — was er natürlich noch bei politischer Einsicht seines Kameraden kann — in Ar-Rūmānien ("Völkerkrieg" vom 2. Juli) die Ententemächte haben zum Eindringen aufgefordert Rußland in einer Untergang. So schreibt dieser Schuftskan zu folgendem Satz:

"Wir wissen, daß dieser sozialdemokratische Krieg für die Befreiung der furchtbaren Rassen nicht die Illusion entspringt. Chilenen, Indien, Mexikanen, Argentiniens oder Marokkaner dem Kommunismus gefüllt zu können, sondern lediglich der Hoffnung durch Unterminierung des Kapitalismus die Weltrevolution ausbreiten zu können."

In einer Weise, wie sie nicht übertragen werden kann, heißt es mit Herr Ströbel die Pointcart, Chamberlain u. Co. zum Mordkommando gegen Rußland. Schlägt Rußland nicht, wenn sie nicht unterminiert werden und unter euren Kolonialmächten Ruhe haben mölt? Ströbel geht sogar so weit, daß er die Unterdrückung der Marokkaner und Indien durch die Franzosen und Engländer im Interesse ihres Kriegsführung für notwendig hält, er sagt:

Der Verlust seiner nordafrikanischen Kolonien würde aber für Frankreich nicht nur eine schwere materielle Einbuße bedeuten, sondern auch eine erhebliche Schwächung seiner militärischen Macht, die sich in dem menschenarmen Frankreich wesentlich auf seine furchtbaren Truppen rüttelt. Und der Verlust Indiens würde für England aus dem gleichen Grunde ins Gewicht fallen.

Aber, mit dem Aufgebot aller verfügbaren Kräfte, mit dem Einsatz der gesamten Menschheit soll der Krieg geführt und in der Hauptstadt mit Kolonialtruppen soll Europa überschwemmt werden. Dass die Arbeiter der Ententekolonie Deutschlands auch mitmachen sollen, sagt Ströbel zwar nicht, ergibt sich aber nach Annahme des Garantievertrages, für den sich die SPD, so warm einsetzt, von selbst. Vor nicht zu ferner Zeit schreien die Bourgeoislaten noch: "Krieg wieder Krieg!" Und jetzt, offenes Eintritt für den Krieg! Wie ist das zu verstehen? Sehr einfach: Dadurch, daß die Sozialdemokratie national wie international ihr Programm verleugnet und die Arbeiter verraten hat, daß das, was die Bourgeoisie 1915 bereits flüchtete, eingetreten ist. Ja, es ist nicht eine neue, die Kommunistische Partei als wirkliche Arbeiterpartei, entstanden, sondern auch eine neue Arbeiterinternationale, die bereits zu einer Macht über ein Sechstel der Erde erhoben ist. Die Sozialdemokratien haben ihren Loyalitätsdienst nicht voll erfüllen können, selbst Russie war nicht instande, mit seiner bewaffneten Macht das Werben der neuen Arbeiterschaft aufzuhalten. Und nun führen die sozialdemokratischen Führer, daß mit dem Errichten der kommunistischen Bewegung, insbesondere mit dem Errichten Rußlands und dem Erheben der Kolonialslaven, nicht nur, wie Ströbel sagt, der Kapitalismus unterminiert wird, sondern, daß sie selbst sich auf einem Balkan befinden. Jetzt kann wohl jeder Arbeiter begreifen, warum aus den pazifistischen, sozialdemokratischen Friedensaposteln die tollsten Kriegsbeherren geworden sind. Die Wels, Ströbel merken, daß ihre Tischspielerkünste nichts mehr nützen, die Arbeiter überzeugen sich leicht über das im Werden begriffene Kulturwerk des Kommunismus und hören nicht mehr auf die Sirenengeänge dieser Peute.

Noch vor 4 Monaten, als die SPD-Arbeiter gegen den Barcas-Standart rebellierten, sprang Ströbel auf die Tribune, stob die Kulis vor und beschrie sie mit einer Artillerie: "Erneuerung der Partei!" „Zurück zu Bebel!" Dass es für diese Partei kein Zurück mehr gibt, werden wir jetzt feststellen können und lassen August Bebel zu Ströbels Kriegsgehege, besonders zum Kolonialkrieg, selbst sprechen:

"Das härteste, was man sich an Vorwärts erlaubt hat, ist bekanntlich im südostasiatischen Krieg und vorgestanden. Dass das unterdrückte, ausgebeutete, gefesselte Volk zur Empörung griff, war sein gutes Recht. Es war ihr Heimatland, das die Hetzer gegen die französischen Erbauer zu verteidigen suchten, und was man uns als höchste Ehre anspricht, die Verteidigung des Vaterlandes, das wurde jenen als Verbrechen angesehen."<sup>1)</sup>

Als die Völker, denen Bebel das Recht auf Verteidigung des Vaterlandes vertrat, sind noch Ansicht der sozialdemokratischen Führer gut genug, sich im Dienste der französischen und englischen Militärs auf den künftigen europäischen Schlachtfeldern abzuschlagen zu lassen. Das nennt diese Gesellschaft: "Zurück zu Bebel." Sie bemühen den alten, verstorbenen, ehrlichen Klassenkämpfer, um die Schmach und Schande ihrer politischen Prostitution zu verdecken. Aber Bebel sagt über die Kriegsfrage im allgemeinen noch folgendes:

"Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus diesen Kriegsgehegen eine Brigade gebildet wird mit dem Titel: 'Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes' ... Diese müßten zunächst in die Schlacht, die behenden Redakteure und Abgeordneten, die hegenden Großindustriellen, kurz, alle jene, die an dem Kriegsgehege beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihnen, meist ziemlich torpulanten Leibern zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu deden."<sup>2)</sup>

Die Einladung der französischen Arbeiter und Bauern zu einem Kongreß gegen den Krieg an die SPD wurde vom "Vorwärts" mit der Bezeichnung "Kommunistische Dreistigkeit" zugelassen. Die Kriegsgefahr ist riesengroß, es gilt, ernsthaft Stellung dagegen einzunehmen. Die SPD sucht sich nur noch, im Bunde mit den Kapitalisten, durch einen grausamen Krieg zu retten. Würde August Bebel heute wiederkommen, er würde sich mit Elst von den sozialdemokratischen Führern abwenden und würde seinen Weg nach Moskau einschlagen. Er sieht mit den Bolschewiki in einer Front: Unterstützung aller unterdrückten Völker! Wenn die Arbeiter dem Urteil ihres eigenen gefundenen Verstandes folgen würden, gebe es schon lange keine SPD mehr. Die Arbeiter müssen Schluss machen mit den sozialdemokratischen Kriegsgehegen, die, nach Bebel, in die "Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes" gehören. Millionenfach muß bei der ersten Wiederkehr des Kriegsausbruchs wie ein gewohner Sturm über den ganzen Erdball der Ruf erlösen: Rieder mit den Kriegsgehegen! Krieg dem Kriege.

1) und 2) aus dem Referat Bebels auf dem Jenaer Parteitag 1911.

## Bettelpleinige für die Opfer des Krieges

Nach Bekanntgabe Bebels Vorschlages wurde in der Dienstagssitzung des Reichstags in die Betrachtung der Vorlage zur Aenderung der Verborgungsgehege eingetragen.

Die bürgerlichen Parteien versuchten den Eindruck zu erwecken, daß durch diese Vorlage den Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen usw. durch Erhöhung der Grundrente um 50 Prozent eine auskömmlichere Besserstellung gewährt werden sei. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß durch den Abstand verschiedener Abgeordneter z. B. der Schwarzbündlinge zuließ sich diese Erhöhung auf durchschnittlich 17 Prozent herstellen. Den 100 Prozent-Beschädigten wird z. B. nur eine Erhöhung von 1 Prozent gegeben. Die Rechtsparteien, die herausnahmen bestätigte dogmatische Aussagen, um ihr reaktionäres Treiben gegenüber den Kriegsgefechten zu verbreiten. Jetzt, wo die Deutschnationalen in der Regierung sitzen, geben sie gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien entgegenstehend den Anträgen der Regierung den

Kriegsbeschädigten nicht den Bruchteil ihrer damaligen Entschließungen. Über auch die Sozialdemokratien, die logischerweise sprechen, daß sie die Interessen der Kriegsbeschädigten vertreten, und nicht für die gemeinsamen Forderungen aller Kriegsbeschädigungsorganisationen einzutreten, sondern haben Unfälle gehabt, die weit unter diesen Forderungen liegen. Aus die kommunistische Fraktion hat im Reichstag Forderungen entsprechend den Wünschen der Kriegsbeschädigungsorganisationen gestellt und auch im übrigen Forderungen erhoben, die eine wirtschaftliche Besserstellung des Kriegsopfers bedeuten.

Der Redner der Kommunisten, Genosse Weber-Düsseldorf, rechnete mit den deutschnationalen Demagogen ab, die mit ihren Entwürfen zur Stimmenfang und Wahlmache getrieben haben, heute aber vor diesen Unrägen abdrücken.

Dem Sozialdemokraten Rohmann antwortete Genosse Weder auf seine Behauptung, daß bereits 1916/17 Friedensmöglichkeiten bestanden hätten, mit dem Hinweis, daß der Weltkrieg nicht den Bruchteil der heutigen Opfer geflossen hätte, wenn die Sozialdemokratie 1914 die Kriegsbefreiung nicht bewilligt, wenn sie nicht Durchsetzungspolitiker gewesen wären, sondern wie der Spartakusbund den Krieg angezeigt und den Bürgerkrieg organisiert hätten. (Beispiel bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratien haben aber das Gegenteil getan. Nach 1918, beim Ministrationsabsatzkrieg, und die sozialdemokratischen Führer mit dem bewußten Vorfall in die Streitkämpfen hineingezogen, um die Freiheit, die den Krieg verliegt und damit laufende Proletarier gerettet hätten, abzuwenden. Die sozialdemokratischen Führer haben dazu beigegetragen, daß die Zahl der Kriegsopfer vermehrt worden ist. Diese Politik lebt die Sozialdemokratie nach heute fort, was ihre Forderung auf Abschluß des Sicherheitsvertrages gegen Somaliland, der Eintritt in den Völkerbund und was insbesondere das Verhalten der französischen Sozialdemokratien bei der Bewilligung der Kriegsrechte im Marschfeld beweist.

Man hat die Vertreter der Kriegsbeschädigungsorganisationen in einer Sitzung gehört, aber in der nächsten Sitzung wurde von dem Vertreter der Regierung erklärt: die Auschlußmitglieder dürften sich nicht von den Argumenten der Organisationvertreter leiten lassen; sie müßten vielmehr auf die offizielle Stimmung hören. Danach haben dann die bürgerlichen Parteien gehandelt. Aber auch die Sozialdemokratien haben auf die Stellungnahme der Regierung Rücksicht genommen und Anträge gestellt, die weit hinter den Forderungen der Organisationen zurückliegen. Der Antrag Rohmann (SPD) bleibt bei den 10prozentigen um 24 Mark hinter den Organisationsforderungen zurück; bei den 20prozentigen um 72 Mark; bei den 40prozentigen

wiederum etwas vor den zusammenfassenden Forderungen der Verbände. Darin liegt die grobe Masse derartigen Verbrechens zu bekräftigen, bei denen unter den zerstörenden Einwirkungen ordnungsgemäß Recht abgewichen wurde.<sup>3)</sup> Die Amnestie müsse gerade den ungewöhnlichen Zeitverhältnissen Rechnung tragen. Diese Grundlage werde dadurch, daß man den 1. Okt. Dieser Tag sei doch mitten in eine Zeit hineingesetzt, in die selbst heute noch in Unruhen lebende Politiker Gefahr lägen, sei die Abgrenzung der Straftaten, die unter die Amnestie fallen sollen. Der Ausdruck des Sprachrohrsatzes glaubt den Gelehrtenwurf eine einseitige Spur zu gunsten der sozialdemokratischen Führer, das mit anderen Waffen versehen war. Die Amnestie nur einmal anhaften, zur Ungerechtigkeit

## Die Grundlage des Zollkompromisses

Berlin, 22. Juli. (Telunion.) Der Zollangehörige meldet, daß die hauptsächlichsten Grundlinien des Zollkompromises bestehen darin, daß die Mindestsätze für Getreide fallen gelassen werden und daß man sich über eine untere Grenze für Handelsvertragsverhandlungen einigt. Als untere Verhandlungsgrenze sind 3 Mark für Roggeng, 3,50 Mark für Weizen vorgesehen, ferner 1 Mark für Getreide und 2 Mark für Mais. Die Verhandlungsgrenze für Fleisch und Vieh ist etwas erhöht. Sie liegt ungefähr 30 u. 35 über den Verhandlungswerten. Für die gleichen Erzeugnisse in bezug auf das Getreideblech wurde nach langwierigen Auseinandersetzungen eine Einigung dahingehend getroffen, daß im nächsten Jahre ein Kontingent Getreideblech zollfrei eingeschüttet werden wird, um zwar auf Höhe der vorjährigen Einfuhr. Das Zollamt sieht auch Sätze für Getreidegerste und Mais und einige Getreidearten vor. Schließlich wurde vereinbart, die Abriegelung der gesamten, jetzt vorliegenden sogenannten Deutschen Zollnouvelle auf zwei Jahre zu befristen. Auf Grund der getroffenen Einigung rechnet man damit, daß die Zollablage in der vom Ausschuß geänderten Form in der nächsten Woche im Plenum gelangt.

## Rindisches Geschreis

Die Antiholzherricheit der Sozialdemokratie zeigt die tollsten Kapriolen. Man kann sich des Einbruchs nicht erwehren, als lange die Höhe schon in den Redaktionen der SPD bedenklich zu wirken. Von der blödsinnigen Erziehung über den "Partietag der Langeweile" kommt die SPD jetzt auf die Unktionen. Ein Blugblatt dieser Phantasten rauschen halten, um eine neue Hebe gegen die KPD zu entlocken. Wir neiden die KPD nicht um die Freundschaft. Wenn sie gehen einen Teil des Unionsflugblattes gegen die KPD abheben, so geht das nur, daß in ihrem Haf gegen die Kommunisten ja alle Antiholzherrichen sind. In einem langen Saal zu tötigen für der KPD nochmals, daß sie nun bald sterben werden. Die Mär ist schon zu alt, als daß wir darauf noch antworten. Dann kommt das übliche Lied von den Schwierungen der KPD und der Koalitionspolitik.

Nun, wir bestreiten nicht, die Schwierungen der KPD zu graben bis ins Lager der Deutschnationalen. Sie singen von Braun zu Marz. Sie fuhren sich von Seiff zu Lübeck und umgekehrt.

Naürlich fallen sie nochmals besonders über den Sachsenhof her. Der Partietag war nach der SPD-Presse langweilig klau, reich an komischen Widerprüchen. Wie stellen demgegenüber das Urteil eines Dr. Levinjohn aus der "Volkszeitung". Dieser schreibt:

"Es wird ein schöner statischer Band sein, wenn der Sachsenhof nicht mehr gedrückt wird, was vom Sonntag bis zu Freitag voriger Woche auf der Tagung der Kommunistischen Partei getredet worden ist. Sechs Tage hindern lange Zeit in der man sich schon gehörig aussprechen kann."

Aber man soll den Kommunisten nicht vorwerfen, daß ihr Schwachsinn sind als andere Parteien, weil für den KPD-Kongreß doppelt so viel Zeit brauchen, als die Deutschnationalen und die Sozialisten. Die KPD ist heute die einzige Partei in Deutschland, in der noch theoretisiert wird...

Wir quittieren diese Anklage mit Vergnügen.

Das bestimmt der SPD, beweist nur, daß diese für die Probleme der revolutionären Bewegung kein Verständnis hat. Die SPD lädt sich nur noch von den Verhören der KPD und kommt sich furchtbar tig vor.

Sie mögen delen, wir werden reiten.

## Der Kampf der KPD gegen den Marschfeld

Berlin, 22. Juli. (Telunion.) Wie gemeldet wird, ist es in Montevideo schweren Zusammenstößen gekommen. Soldaten des 23. Infanterieregiments, die nach Maracay aufmarschierten, wurden von Kommunisten umringt und aufgetrieben, die Waffen fortzumachen. Ein Offizier, der Hauptmann Mat, der von einem in der Nähe gelegenen Café der Gasse 2300, wurde von den Kommunisten angegriffen und ihm unter den Fuß der Beleidigung die Spülleiter abgerissen. Darauf kam die Menge die Internationale an und brach in Hause auf und Krim aus.

Berlin, 22. Juli. (Telunion.) Zu dem Vorfall in Montevideo wird noch gemeldet, daß dem Offizier das Kreuz der Ehrenlegion abgerissen wurde und daß er flüchten mußte. Die Polizei nahm 6 Verhaftungen vor.

## Für den aktiven Kampf gegen den Marschfeldszug

Lille (Frankreich). 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Lille fand eine Arbeiterkonferenz für Nordfrankreich statt, die sich ebenfalls für den Generalstreik gegen den Marschfeldszug aussprach. 1188 Delegierte verzehrten 282 000 Arbeiter des Gebietes. Besonderswert ist die äußerst starke Beteiligung sozialdemokratischer und gewerkschaftlich-reformistischer Delegierten entgegen den Anfeindungen ihrer Organisationen.

## Englische Flottenbasis in Dogo und Dofel

Rossl, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der britische Außenminister Rossl führt mit der englischen Regierung Verhandlungen zwecks Übereignung der Inseln Dogo und Dofel. England behält sich das Recht vor, eine Flottenbasis einzurichten. Befestigungen anzulegen und östlich-somatische Verteilungen aus dem Zuge zu ziehen. Die Vermögensbildung der Übereignung soll gleich im Laufe des nächsten Monate stattfinden.